

unserer Westpolitik getan haben, wären für die deutsche Politik als isolierte Akte möglich. Nach der großen Wendung, die Locarno in unsere Westpolitik brachte, und die durch den Eintritt in den Völkerbund zu einer endgültigen zu machen unsere selbstverständliche Aufgabe bleibt, war es nötig, die deutsch-russischen Beziehungen, die bis dahin lediglich auf dem Vertrag von Rapallo beruhten, der neu geschaffenen Situation anzupassen. Die Aufgabe war nicht leicht, denn nach beiden Seiten mußten wir uns gegen Mißverständnisse schützen. Wir haben aber bei der Vorbereitung des Vertrages mit ganz offenen Karten gespielt. Sollte man uns einen begründeten Vorwurf machen, so müßte man uns nachweisen, daß sich im Vertrag oder im Notenwechsel irgendein Widerspruch zu den Verträgen von Locarno befindet.

Dagegen zeigt sich ein gewisses Bestreben, die Diskussion auf das allgemeinpolitische und psychologische Gebiet hinüberzuspielen. Das ist eine Methode, die wir ablehnen müssen. Das Argument, daß Rußland völkerbundsfeindlich ist, können wir nicht gelten lassen. Wer solche Argumente in die Debatte wirft, treibt ein gefährliches Spiel, denn dieses Argument läuft darauf hinaus, daß ein Mitglied des Völkerbundes mit der Sowjetregierung wegen ihrer Völkerbundsfeindlichkeit keine politischen Bindungen eingehen dürfte. Damit würde aber denjenigen recht gegeben werden, die behaupten, daß der Völkerbund und die Locarnoverträge letzten Endes gegen Rußland gerichtet seien. Eine solche Unterstellung ist von den leitenden Staatsmännern, mit denen wir in Locarno verhandelt haben, stets auf das bestimmteste zurückgewiesen worden, und wir hegen keinen Zweifel, daß sie einen solchen Standpunkt auch jetzt mit derselben Entschiedenheit zurückweisen. Daß Rußland derzeit den Völkerbund ablehnt, ist politisch kein Grund gegen die Tatsache des Abschlusses. Im Gegenteil, gerade weil Rußland abseits steht, ist eine Ausgleichung um so notwendiger. Es liegt nicht nur im deutschen, sondern auch im europäischen Interesse, daß keine unüberbrückbare Kluft zwischen der Sowjetunion und dem übrigen Europa geschaffen wird. In irgendeiner Weise muß auch Rußland an der großen Friedensgemeinschaft beteiligt werden. Dann hat man eingewandt, daß Deutschland sich mit dem Berliner Vertrag die Freiheit seiner Stellungnahme im Völkerbund nehme. Das ist eine ungenügende Verdrängung unserer Absichten. Es ist ein feststehender Grundsatz des Völkerbundes, daß jedes Mitglied selbständig darüber entscheidet, ob ein Staat einen Friedensbruch begangen hat und ob damit die Voraussetzungen für eine Bundesexekution gegeben sind. Wie kann man uns einen Vorwurf daraus machen, wenn wir diesen unbestrittenen Grundsatz gegenüber Rußland zum Ausdruck bringen? Eine selbständige Entscheidung ist nie und nimmer gleichbedeutend mit einer parteiischen Entscheidung. Auch die bekannten Bündnisverträge, die einzelne Völkerbundmitglieder untereinander abgeschlossen haben, beruhen auf diesem freien Entscheidungsrecht der Bundesmitglieder, und doch hat niemand daran gedacht, gegen die Bündnisverträge diesen Einwand zu erheben, obwohl die Gefahr der Parteilichkeit hier sicherlich größer ist als bei dem reinen Neutralitätsvertrag, wie wir ihn mit der Sowjetunion abgeschlossen haben.

Wir müssen fordern, daß man den klaren und einfachen Sätzen unserer Abmachungen mit der Sowjetunion nicht einen Sinn unterstellt, den sie nicht haben und nicht haben können. Und die leitenden deutschen Staatsmänner können das Vertrauen beanspruchen, daß man nicht glaubt, sie würden im Jahre 1926 einen politischen Schritt tun, der mit ihren politischen Schritten des Jahres 1925 im Widerspruch steht.

#### Denkmal über den deutsch-russischen Vertrag.

Im Außenausschuß des Senats berichtete Dr. Benesch über die künftigen Ratifizierungen im Völkerbund. Er betonte in seinen Ausführungen, daß es im Interesse der kleinen Entente läge, die sechs nichtständigen Ratifizierungen zu beschleunigen. Bei der Lösung der Ratifizierungsfrage werde auch der deutsch-russische Vertrag von Bedeutung sein. Es sei begreiflich, daß die einzelnen Staaten ein gewisses Mißtrauen gegen den russisch-deutschen Vertrag hegten. Möglich sei, daß durch den deutsch-russischen Vertrag ein engeres wirtschaftliches Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Rußland erfolge. Seine Ansicht sei jedoch, daß diese Zusammenarbeit kaum über das vorkriegszeitliche Zusammenarbeiten hinausgehe.

#### Regierungsentwurf in der Abfindungsfrage

Das Justizministerium mit der Ausarbeitung beauftragt. Das Reichskabinett hat einstimmig beschlossen, einen Regierungsentwurf über die „Verbindungsrechtliche Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstentümern“ auf dem normalen Wege der Gesetzgebung, d. h. über den Reichsrat, einzubringen. Als Grundlage sollen die Kompromißentwürfe der Regierungsparteien dienen. Das Reichsjustizministerium ist beauftragt worden, einen Entwurf auszuarbeiten, der sich in den Bahnen hält, die durch die Kompromißverhandlungen gegeben sind, und den von Preußen geltend gemachten Wünschen Rechnung trägt.

Der Entwurf soll Anfang dieser Woche im Wortlaut fertiggestellt und dann dem Reichsrat übergeben werden. Im Kabinett ist man der Ansicht, daß der Reichsrat das Gesetz mit Zweidrittelmehrheit ohne lange Debatte annehmen wird. Man glaubt, daß in spätestens einer Woche die Vorlage an den Reichstag gehen kann. Da die Regierung auch diesen ihren eigenen Entwurf als verfassungsgemäß betrachtet, wird sie im Reichstag dafür gleichfalls eine qualifizierte Mehrheit verlangen.

#### Reichshilfe für die Arbeiterschaft des Saargebietes.

##### Freie Bahnfahrten.

Nach Mitteilungen des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete wird die Reichsregierung zur Linderung der Not, die durch die Errichtung der Saargrenzlinie und den Frankenschmerz in weiten Kreisen der Arbeiterschaft der dem Saargebiet benachbarten Gebiete aufgetreten ist, vom 1. Mai 1926 bis auf weiteres den im Randgebiet wohnenden und im Saargebiet und Elsaß-Lothringen beschäftigten Arbeitnehmern die Fahrkosten (Monatskarte) vom Wohn- zum Arbeitsort ersetzen. Die Ausgabe der Fahrkarten soll auf Grund einer Bescheinigung der Ortspolizeibehörde des Wohnortes durch die

Wohnortspolizeibehörde erfolgen. Im Weinbau zu vermeiden, sollen die von der Ortspolizeibehörde aufzustellenden Listen unter Zuziehung von Vertretern der Arbeitnehmerorganisation nachgeprüft werden. Den Arbeitnehmern, die nicht täglich nach Hause fahren können, soll als Ausgleich für die Kosten des Getrenntlebens von der Familie neben den Kosten für die benötigten Arbeitsfahrkarten der Unterchied zwischen diesem Betrage und dem Preise für eine Monatskarte durch die Bezirksfürsorgeverbände vergütet werden. Weitere Maßnahmen zur Linderung der Not werden folgen. Ferner beabsichtigt die Reichsregierung auch für Kleinhandel, Handwerk, Einzelhandel und Landwirtschaft im Randgebiete an der Saargrenzlinie mögliche Hilfe zu gewähren.

#### Deutschland als Kalblieferant Amerikas.

##### Erklärungen des amerikanischen Handelssekretärs.

Handelssekretär Hoover erklärte im Vergewerksausschuß des Repräsentantenhauses: Die Erkenntnis der Bedeutung der Entwicklung der amerikanischen Kalbwerke ist in den letzten Monaten durch das Zustandekommen eines französisch-deutschen Abkommens gefördert worden. Deutschland und Frankreich kontrollieren gegenwärtig den Kalbmarkt. Der vom Senat angenommene Gesetzentwurf, der die Bereitstellung von je 550 000 Dollar in den nächsten vier Jahren zur Erforschung der Kalblager in den Vereinigten Staaten vorsieht, muß Gesetzeskraft erhalten. Die Kalbgewinnung im mexikanischen Texas ist in der Entwicklung begriffen, auch in Utah sind verheißungsvolle Möglichkeiten vorhanden. Da die Landwirtschaft auf Kalb als Düngemittel nicht verzichten kann, müssen wir jährlich für 50 Millionen Dollar deutsches Kalb kaufen. Wenn wir selbst Kalb produzieren, werden wir den Kalbpreis auf die Hälfte herabdrücken können.

#### Eröffnung der 1. Pädagogischen Akademie.

##### Eine Rede des preussischen Kultusministers.

In Gegenwart des preussischen Unterrichtsministers Dr. Beder, Vertretern der Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden, der Königsberger Albertus-Universität, der Technischen Hochschule in Danzig, des Provinzialschulkollegiums, des Evangelischen Oberkirchenrates und des Konfessionsrats wurde in Elbing die erste Pädagogische Akademie in Ostpreußen, die zugleich die erste in Preußen ist, eröffnet. Nach einem Gottesdienst in der evangelischen Hauptkirche zu St. Marien versammelten sich die Teilnehmer zu einem feierlichen Festakt in der Aula der Pädagogischen Akademie.

In längeren Ausführungen beschäftigte sich Kultusminister Dr. Beder mit der Aufgabe und den Erwägungen, die zu der Gründung der Pädagogischen Akademie geführt haben. Der Minister betonte, daß mit den Akademien das preussische Lehrerbildungswesen auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt worden sei. Das neue System der Lehrerbildung lehne sich keineswegs an die bisherigen Lehrerseminare an. Vielmehr solle hier etwas Neues geschaffen werden, das sich aus Eigenem heraus aufbaue und durch die deutsche Geistesentwicklung bestimmt sei. Wenn die Pädagogischen Akademien ihren ihnen zugedachte Aufgabe erfüllen, dann würden sie dazu beitragen, die bisher bestehende Kluft zwischen höherer Schulbildung und Volksschulbildung zu überbrücken. Mit dem Wunsch, daß das gesteckte Ziel des neuen Lehrerbildungswesens erreicht werden möge, erklärte der Minister die erste Pädagogische Akademie für eröffnet.

#### Deutschlands Vertreter in der Abrüstungskommission.

##### Verusung des Abg. Grafen Bernstorff.

Der Reichspräsident hat im Einvernehmen mit der Reichsregierung den ehemaligen Volschaster in Washington, Reichstagsabgeordneten Dr. Johann-Heinrich Graf Bernstorff, zum deutschen Vertreter bei der Kommission für die Abrüstungskonferenz bestellt.

Vor einem Kreis von Pressevertretern äußerte sich Graf Bernstorff über seine Mission.

Nach den neuesten Berechnungen hat sich, wie Graf Bernstorff mitteilte, ergeben, daß der Weltkrieg die Summe von 1 400 000 000 000 (eine Billion vierhundert Milliarden) Mark verschlungen hat. Die Folge davon waren die Erschütterungen der Valuta und die allgemeine Arbeitslosigkeit. Dabei muß berücksichtigt werden, daß künftige Kriege noch weit verheerendere Wirkungen nach sich ziehen müssen. Die Erwartungen hinsichtlich rascher Ergebnisse der Abrüstungskonferenz könnten natürlich nicht hoch veranschlagt werden. Es sei nicht zu erwarten, daß alle Staaten die Rüstung alsbald auf das deutsche Niveau herabsenken werden. Grundsätzlich strebe die deutsche Regierung an, daß die vertragliche Beschränkung der Rüstungsfreiheit auf alle Staaten und auf alle Arten der Rüstung ausgedehnt wird. Sei einmal dieser erste und entscheidende Schritt getan, so wäre auch Aussicht auf schrittweise Rüstungsverminderung vorhanden.

#### Frankreichs Präsident besucht London.

##### Eine Rundgebung gegen den Berliner Vertrag.

König Georg von England hat den Präsidenten der Französischen Republik, Doumergue, zu einem Besuch nach London eingeladen. Doumergue hat die Einladung angenommen und wird am 22. Juni in Begleitung Briand in London eintreffen, im Buckinghampalast Wohnung nehmen und am 25. Juni London wieder verlassen. Der König von England wird zu Ehren seiner französischen Gäste ein Bankett geben, außerdem findet ein Frühstück in der Guildhall statt.

In der Londoner Presse wird die Nachricht von der Einladung Doumergues viel beachtet. In Londoner politischen Kreisen dürfte man mit der Verabschiedung dieses Besuches die Absicht verbinden, Frankreich eine weithin sichtbare Verurteilung für die Wirkung des deutsch-russischen Vertrages zu gewähren. Wenn in einer Zusammenkunft der Staatsoberhäupter die politische Solidarität und Interessengemeinschaft von England und Frankreich klar betont wird, hofft man auf englischer Seite, die französische Politik zu einem Verzicht auf eine Demarche gegen den deutsch-russischen Vertrag und vor allem zur Preisgabe der in London Briand zugeschriebenen Absicht, den noch nicht in Wirkung getretenen Vertrag von Locarno aufzulösen, bewegen zu können.

#### Letzte Meldungen

##### Vermissliche Drahtnachrichten vom 2. Mai.

##### Telegramm Dr. Luthers an Schlageters Vater.

Berlin. Reichsfürst Dr. Luther hat an den Vater Schlageters das folgende Telegramm geschickt: „Mit Entzückung höre ich von dem Tode Ihres Sohnes, der als ein Opfer seiner heissen Vaterlandsliebe den Tod erlitt. Seine Verdienste aber haben erreicht, daß heute alle Deutschen dankbaren Herzens erneut des Mannes gedenken, der sein Leben für das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes einsetzte.“

##### Ermäßigung der Börsenumschaffener.

Berlin. Durch Verordnung vom 29. April hat die Reichsregierung die Börsenumschaffener für Anschaffungsgeheimnisse über Aktien und andere Anteile mit Wirkung vom 3. Mai erheblich ermäßigt.

##### Die Konturte im April.

Berlin. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im April d. J. durch den Reichsanzeiger 1302 neue Konturte — ohne die wegen Massenmangels abgelehnten Anträge auf Konturteröffnung — und 923 angeordnete Geschäftsaufsichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellten sich auf 1871 bzw. 1481.

##### Zusammenbruch eines Bankhauses in Bonn.

Bonn. Wie der Bonner Generalanzeiger meldet, ist gegen die Geschäftsleitung des 1893 gegründeten Bankhauses Louis Davids, dessen Inhaber am Freitag plötzlich starb, Anzeige erstattet worden. Von der Staatsanwaltschaft Bonn wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Nach hier umlaufenden Gerüchten soll es sich um einen Zusammenbruch handeln, bei dem viele angelegene Großkaufleute und Beamte schwerer Verluste erlitten hätten.

##### Aberfall auf Nationalsozialisten.

Germerstheim. Auf der Straße nach Freisbach wurde am Anhang der Nationalsozialistischen Partei ein Überfall verübt, in dessen Verlauf der Führer der Nationalsozialistischen Ortsgruppe Wilhelm Schmidt, den 18 Jahre alten Marcel Vauder aus Freisbach erschoss. Der Täter wurde verhaftet.

#### Aus unserer Heimat

##### Wilsdruff, am 3. Mai 1926.

##### Wertblatt für den 4. Mai.

Sonnenaufgang	6 <sup>14</sup>	Mondaufgang	1 <sup>14</sup>
Sonnenuntergang	7 <sup>58</sup>	Monduntergang	9 <sup>58</sup>

1915 Italien kündigt den Dreibündnisvertrag. — 1917 Malschlacht in Mazedonien. — 1921 Polnischer Aufstand in Oberschlesien.

##### 400 Jahre evangelischer Gottesdienst.

Am gestrigen Sonntag (Eingel!) gedachte uns evangelische Kirche der reformatorischen Umgestaltung ihres Gottesdienstes durch Luthers „Deutsche Messe von 1526“. Vierhundert Jahre sind dahingegangen. Was sich auch in äußeren Dingen mancherlei gewandelt haben, im innersten Grundgedanken folgt heute noch der evangelische Gemeindegottesdienst der Form, die ihm der Reformator in seiner „Deutschen Messe“ verliehen hat.

Vor dem Thesenanschlage, bereits im Jahre 1516, hatte Luther in seinen Predigten neben das „Messen“ die Forderung des „Hörens von Gottes Wort“ gestellt. 1519 erhielt er die Kommunion unter beiderlei Gestalt zum Hauptmoment des Gottesdienstes und tritt hierfür 1520 in seiner Schrift „Von der Babylonischen Gefangenschaft der Kirche“ noch schärfer ein. Seit Eifer gegen alle unevangelischen Bestandteile der römischen Messopfertheorie trieb ihn weiter auf dem Wege der Belämpfung. Aber er dachte zunächst noch nicht an die gänzliche Abschaffung der Messe. Er wollte vielmehr diese nur reinigen. Er schenkte sich einen scharfen Bruch mit überlieferten Anschauungen der beizubehalten. Ein weiteres Hemmnis für völlige Umgestaltung des Gottesdienstes erblickte er in der zentralen Stellung des Abendmahlsakramentes innerhalb der Messe. Erst zahlreiche Versuche einer Neuordnung des Gottesdienstes, wie sie allenthalben unternommen wurden, und das wüste Treiben der Zwischenschwärmgeister und Korinthischen ließen ihn diese Frage weiter verfolgen. Endlich konnte am 29. Dezember 1525 in der Wartburg zu Wittenberg das immer drängendere Bedürfnis nach deutschem Gottesdienst befriedigt werden. So entstand die „Deutsche Messe und Ordnung des Gottesdienstes“, zu Wittenberg für genommen“, die 1526 erschien.

Das Wetter der Woche. Die vergangene Woche war uns das Aprilwetter von einer ganz besonderen Seite gezeigt. Nach einem kurzen Temperatursturz um die vorrige Wochenwende herrschte die Quacksilberfäule am Sonntag auf für diese Zeit ungehörige Höhen. In fast ganz Nord- und Mitteldeutschland hatten wir den ersten „Sonnentag“, d. h. den ersten Tag mit einer Temperatur über 25 Grad Celsius. In Berlin wurden an diesem Tage 29 Grad Celsius gemessen, in Potsdam sogar fast 30 Grad Celsius gemessen. Nach einer schwülen Nacht trat eine merkwürdige Abkühlung ein, immerhin wurden am Montag noch vielfach 20 Grad Celsius überschritten. Gegenüber dieser Sonntagsstimmung in Mittel- und Norddeutschland herrschten im Westen, ganz besonders in Frankreich und England, schwere Stürme, die von heftigen Gewittern und oft wolkenbruchartigen Niederschlägen begleitet waren. In den nächsten Tagen dehnte sich das Niederschlagsgebiet weiter nach Osten aus. Die Temperaturen dagegen gingen nur langsam zurück. Wie ungewöhnlich warm es in diesen Tagen war, geht daraus hervor, daß die Tagesdurchschnittstemperaturen an den wärmsten Tagen etwa 12, in den letzten Tagen immer noch 2 bis 3 Grade über den Normalwerten lagen. Für die nächsten Tage ist in Mitteldeutschland mit einer vorübergehenden Abnahme der Bewölkung und neuer Erwärmung zu rechnen. Im Westen wird sich dagegen ein von Südwesteuropa vordringendes Tiefdruckgebiet sehr bald wieder durch neue Erhöhung und Niederschläge bemerkbar machen.

Deutsche Worte aus Südwestafrika an einen alten Wilsdruffer. Der Konditor Otto Pakia, Berlin-Friedenau, ein geborener Wilsdruffer, hatte die Adresse eines deutschen Formwarenbesizers in Südwestafrika erfahren, der seit 24 Jahren Deutschland nicht mehr betreten konnte und doch mit allen Feiern seines Herzens an der Heimat hängt, eine Torte als Weihnachtsgeschenk überbrachte. Der Empfänger, der seit Jahren auf der Farm Schwarze, 50 Kilometer von seiner Poststation Grootfontein bewohnt, hat sich herzlich über die unverhoffte Weihnachtsbescherung und darüber in seinem Briefe Ausdruck gegeben, lassen wir ihn selber sprechen: „Haben Sie vielen Dank für das Weihnachtsgeschenk. Sie haben eine unverhoffte, große Freude